

Medienspiegel vom 9. Dezember 2024

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
07.12.2024 Alb-Bote: Weichen für Endlager werden gestellt	4
07.12.2024 suedkurier.de: Atommüllendlager in der Schweiz: Wie groß ist der Einfluss der deutschen Akteure?	6
06.12.2024 nordkurier.de: Ex-Bürgermeister fürchtet atomare Bedrohung in der Prignitz	8
07.12.2024 Münsterland Zeitung: Sperrung: Am 9. Dezember beginnen Arbeiten für Castor-Transporte	10

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Seite: 13

Auflage: 3.081 (gedruckt)¹ 3.952 (verkauft)¹
5.742 (verbreitet)¹

Ressort: Hochrhein

Reichweite: 0,012 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ von PMG gewichtet 10/2024² von PMG gewichtet 7/2024

Weichen für Endlager werden gestellt

Favorisierter Standort nahe deutscher Grenze Unmut bei den Bewohnern der Hochrhein-Gemeinden Infoveranstaltung in Waldshut am 9. Dezember

VON MICHAEL NEUBERT
MICHAEL.NEUBERT@SUEDKU-
RIER.DE

Schweiz/Kreis Waldshut – Tief unter der Erde bei Stadel im Kanton Zürich, unweit der deutsch-schweizerischen Grenze, soll der radioaktive Atommüll der Schweiz gelagert werden. Sehr zum Unmut auch der Bewohner in den Gemeinden am Hochrhein, vor allem derjenigen in Hohentengen, das nur etwa drei Kilometer Luftlinie vom geplanten Standort entfernt liegt. Dazu kommt die Verpackungsanlage in Würenlingen (Aargau) nahe Waldshut-Tiengen.

Ein Mammutprojekt, das nicht nur baulich eine Herausforderung ist. Auf dem langen Weg dorthin muss alles bis ins kleinste Detail geprüft werden, um den Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden. Da darf nichts dem Zufall überlassen werden. Das Verfahren ist langwierig und umfassend. Vor allem auch die deutsche Seite muss gehört werden – und wird gehört. Schlussendlich geht es um den Atommüll der Schweizer Kernkraftwerke, der sicher gelagert werden muss – und das für Millionen Jahre. Die Weichen werden jetzt gestellt.

Im Herbst 2022 gab die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle, kurz Nagra, nach einem langen Auswahlverfahren den Standort bekannt, den sie für am geeignetsten hält: Nördlich Lägern, im Haberstal bei Stadel. Jetzt, zwei Jahre später, hat sie die Rahmenbewilligungsgesuche für das geologische Tiefenlager bei Stadel und die Verpackungsanlage in Würenlingen eingereicht.

30.000 Seiten umfasst das Werk, das den Schweizer Behörden zur Genehmigung vorliegt. Das gilt es prüfen, auch auf deutscher Seite. Es beinhaltet bereits die konkrete Planung für das Tiefenla-

ger mit der Verpackungsanlage. Über die Inhalte des Rahmenbewilligungsgesuchs, damit des Projekts, wird am Montag, 9. Dezember, ab 18 Uhr in der Stadthalle Waldshut, auch die Öffentlichkeit auf deutscher Seite informiert. Organisiert wird die Informationsveranstaltung vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das auch das Verfahren bei der Suche des Endlagers in der Schweiz begleitet. In einem Telefongespräch mit dem SÜDKURIER erläuterte Christian Kühn (Tübingen), seit Februar Präsident des BASE, das Verfahren, und das, was die Besucher am Montag in der Stadthalle erwartet. Das Bundesamt informiere kontinuierlich über das Verfahren. Diejenige am Montag ist eine Folgeveranstaltung des BASE von 2022, so Kühn. „Die Besucher können den Akteuren direkt Fragen stellen, ihre Sorgen und Bedenken mitteilen. Die nehmen wir anschließend mit und bringen sie später in den deutschen Stellungnahmen ein.“ Die Informationsveranstaltung sei jetzt angebracht, da die Gesuche eingereicht sind. Kühn hält den aktuellen Schritt für wichtig im Verfahren. Jeder Bürger ist eingeladen. Vor und nach der Veranstaltung gibt es auch einen Infomarkt im Foyer der Stadthalle, wo sich die Akteure vorstellen – von der Nagra bis zur deutschen Expertengruppe Schweizer Tiefenlager (ESSchT).

Das Rahmenbewilligungsgesuch der Nagra ist beim Schweizer Bundesamt für Energie (BFE) eingegangen. „Das sind 30.000 Seiten, die nun formal geprüft werden“, erklärt Kühn. Im Kernenergiegesetz der Schweiz werde Deutschland wie ein Schweizer Kanton behandelt und am Verfahren beteiligt. Das heißt, die deutschen Stellungnahmen würden gleich behandelt wie die von Schweizer Seite. Nach der forma-

len Prüfung durch das Eidgenössische Sicherheitsinspektorat (Ensi) beginne auch das BASE, die Unterlagen auszuwerten. Kühn: „Es geht um die Betroffenheit der Region Südbaden, und wir werden uns mit allen Sicherheitsfragen beschäftigen.“ Das Rahmenbewilligungsgesuch beinhaltet Kühn zufolge alle Unterlagen, die für eine Genehmigung des Tiefenlagers bei Stadel und der Verpackungsanlage bei Würenlingen notwendig sind.

„Wir befinden uns in der Etappe 3 des Verfahrens“, sagt Kühn. Die Standortentscheidung ist gefallen und von der deutschen Expertenkommission geprüft worden und als nachvollziehbar betrachtet. Jetzt liegen die Unterlagen vor. Das Schweizer Stellungsverfahren dauere bis 2028, für 2029 werde eine Entscheidung des Bundesrats, also der Schweizer Regierung, erwartet, 2031 werde die endgültige Standortentscheidung fallen. Mit der Lagerung des Atommülls solle 2060 begonnen werden. Einen Plan B habe die Nagra laut Kühn nicht, falls die Unterlagen nicht genehmigt würden, das habe sie öffentlich mitgeteilt.

Kühn: „Das Verfahren wird die Region noch Jahrzehnte während des Betriebs der Anlagen weiterhin beschäftigen.“ Die Lasten würden auf beiden Seiten des Rheins getragen. „Es ist eine echte Generationenaufgabe, die muss gründlich erledigt werden.“ Zur tiefengeologischen Lagerung der radioaktiven Abfälle sieht Kühn keine Alternative. Die Umgebung des Opalinustons sieht er als grundsätzlich geeignet, um ein Tiefenlager zu errichten.

„Die Besucher können den Akteuren direkt Fragen stellen, ihre Sorgen und Bedenken mitteilen. Die nehmen wir anschließend mit und bringen sie später in den deutschen Stellungnahmen ein.“

Christian Kühn, Präsident des BASE
Die Regionalkonferenzen
Zentraler Bestandteil des Auswahlverfahrens ist die „regionale Partizipation“. Sie eröffnet den Standortregionen Möglichkeiten zur Mitwirkung im Sinne von Beteiligung und Mitsprache. Kern der

regionalen Partizipation sind die Regionalkonferenzen, die im Jahr 2011 in jeder Standortregion eingerichtet wurden. Sie bestehen aus Vertretern der betroffenen Gemeinden, Interessengruppen sowie Bürgern. Die Regionalkonferenzen wählen einen Vorstand und bear-

beiten in Fachgruppen themenspezifische Fragestellungen. Unter rund 130 Delegierten sind etwa 15 Prozent deutsche Vertreter.

Abbildung:

Bei der Regionalkonferenz in in Bülach wurden kürzlich rund 130 Mitwirkende und Gäste über das eingereichte Rahmenbewilligungsgesuch informiert. Bild: Marina Schölzel

Wörter:

805

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: Michael Neubert
[<https://www.suedkurier.de/autor/michael-neubert/>]

Visits (VpD): 0,362 (in Mio.)¹

Mediengattung: Online News

Unique Users (UUpD): 0,046 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.suedkurier.de/schweiz/atommuellendlager-in-der-schweiz-wie-gross-ist-der-einfluss-der-deutschen-akteure;art1371848,12255106>

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Hochrhein Nur für Abonnenten , Atom-Endlager, Schweiz

Atommüllendlager in der Schweiz: Wie groß ist der Einfluss der deutschen Akteure?

Das Verfahren zur Standortsuche zur Lagerung von radioaktivem Abfall befindet sich auf der dritten Etappe. Am 9. Dezember gibt's eine Infoveranstaltung in Waldshut – einige Antworten aber auch schon jetzt.

Tief unter der Erde bei Stadel im Kanton Zürich, unweit der deutsch-schweizerischen Grenze, soll der radioaktive Atommüll der Schweiz gelagert werden. Sehr zum Unmut auch der Bewohner in den Gemeinden am Hochrhein, vor allem derjenigen in Hohentengen, das nur etwa drei Kilometer Luftlinie vom geplanten Standort entfernt liegt. Dazu kommt die Verpackungsanlage in Würenlingen (Aargau) nahe Waldshut-Tiengen.

Ein Mammutprojekt, das nicht nur baulich eine Herausforderung ist. Auf dem langen Weg dorthin muss alles bis ins kleinste Detail geprüft werden, um den Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden. Da darf nichts dem Zufall überlassen werden. Das Verfahren ist langwierig und umfassend. Vor allem auch die deutsche Seite muss gehört werden – und wird gehört. Schlussendlich geht es um den Atommüll der Schweizer Kernkraftwerke, der sicher gelagert werden muss – und das für Millionen Jahre. Die Weichen werden jetzt gestellt.

Im Herbst 2022 gab die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle, kurz Nagra, nach einem langen Auswahlverfahren den Standort bekannt, den sie für am geeignetsten hält: Nördlich Lägern, im Haberstal bei Stadel. Jetzt, zwei Jahre später, hat sie die Rahmenbewilligungsgesuche für das geologische Tiefenlager bei Stadel und die Verpackungsanlage in Würenlingen eingereicht.

[Aktuelle Debatte](#)

23 Debattierende23 online

[War der Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland ein Fehler?](#)

[Ja](#)

[Nein](#)

[755 Stimmen – Ergebnis ansehen](#)

[Matthias Theissen](#)

Ja

Nicht das Ziel, ganz darauf zu verzichten. Aber: Es nicht zu verschieben. Spätestens seit der mi...

30.000 Seiten umfasst das Werk, das den Schweizer Behörden zur Genehmigung vorliegt. Das gilt es prüfen, auch auf deutscher Seite. Es beinhaltet bereits die konkrete Planung für das Tiefenlager mit der Verpackungsanlage. [Über die Inhalte des Rahmenbewilligungsgesuchs, damit des Projekts, wird am Montag, 9. Dezember, ab 18 Uhr in der Stadthalle Waldshut, auch die Öffentlichkeit auf deutscher Seite informiert.](#)

Organisiert wird die Informationsveranstaltung vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das auch das Verfahren bei der Suche des Endlagers in der Schweiz begleitet. In einem Telefongespräch mit dem SÜDKURIER erläuterte Christian Kühn (Tübingen), seit Februar Präsident des BASE, das Verfahren, und das, was die Besucher am Montag in der Stadthalle erwartet.

Was erwartet die Besucher bei der Infoveranstaltung?

Das Bundesamt informiere kontinuierlich über das Verfahren. Diejenige am Montag ist eine Folgeveranstaltung des BASE von 2022, so Kühn. „Die Besucher können den Akteuren direkt Fragen stellen, ihre Sorgen und Bedenken mitteilen. Die nehmen wir anschließend

mit und bringen sie später in den deutschen Stellungnahmen ein.“ Die Informationsveranstaltung sei jetzt angebracht, da die Gesuche eingereicht sind. Kühn hält den aktuellen Schritt für wichtig im Verfahren.

Jeder Bürger ist eingeladen. Vor und nach der Veranstaltung gibt es auch einen Infomarkt im Foyer der Stadthalle, wo sich die Akteure vorstellen – von der Nagra bis zur deutschen Expertengruppe Schweizer Tiefenlager (ESschT). Das Rahmenbewilligungsgesuch der Nagra ist beim Schweizer Bundesamt für Energie (BFE) eingegangen. „Das sind 30.000 Seiten, die nun formal geprüft werden“, erklärt Kühn. Im Kernenergiegesetz der Schweiz werde Deutschland wie ein Schweizer Kanton behandelt und am Verfahren beteiligt. Das heißt, die deutschen Stellungnahmen würden gleich behandelt wie die von Schweizer Seite. Nach der formalen Prüfung durch das Eidgenössische Sicherheitsinspektorat (Ensi) beginne auch das BASE, die Unterlagen auszuwerten. Kühn: „Es geht um die Betroffenheit der Region Südbaden, und wir werden uns mit allen Sicherheitsfragen beschäftigen.“

Was bedeutet das Rahmenbewilligungsgesuch?

Das Rahmenbewilligungsgesuch beinhaltet Kühn zufolge alle Unterlagen, die für eine Genehmigung des Tiefenlagers bei Stadel und der Verpackungsanlage bei Würenlingen notwendig sind. Es enthält Informationen und unter anderem geologische Nachweise. Das geht

bis hin zu technischen Fragen.

Auf welcher Stufe befindet sich das Verfahren?

„Wir befinden uns in der Etappe 3 des Verfahrens“, sagt Kühn. Die Standortentscheidung ist gefallen und von der deutschen Expertenkommission geprüft worden und als nachvollziehbar betrachtet. Jetzt liegen die Unterlagen vor. Das Schweizer Stellungnahmeverfahren dauere bis 2028, für 2029 werde eine Entscheidung des Bundesrats, also der Schweizer Regierung, erwartet, 2031 werde die endgültige Standortentscheidung fallen. Mit der Lagerung des Atommülls solle 2060 begonnen werden. Einen Plan B habe die Nagra laut Kühn nicht, falls die Unterlagen nicht

genehmigt würden, das habe sie öffentlich mitgeteilt.

Kühn: „Das Verfahren wird die Region noch Jahrzehnte während des Betriebs der Anlagen weiterhin beschäftigen.“ Die Lasten würden auf beiden Seiten des Rheins getragen. „Es ist eine echte Generationenaufgabe, die muss gründlich erledigt werden.“ Zur tiefengeologischen Lagerung der radioaktiven Abfälle sieht Kühn keine Alternative. Die Umgebung des Opalinustons sieht er als grundsätzlich geeignet, um ein Tiefenlager zu errichten.

Welche Gefahren gehen von solchen Anlagen aus?

Der Umgang mit den Stoffen birgt Risiken. Dessen sind sich alle bewusst. „Der

Umgang mit diesen Stoffen ist nicht trivial. Deshalb braucht es intensive Sicherheitsprüfungen und Sicherheitsmaßnahmen“, sagt Kühn. Die Stoffe dürften nicht aus dem Lager diffundieren und in die Biosphäre gelangen. Es gehe darum, stets die Sicherheit im Blick zu haben.

Auch bei den Transporten von der Verpackungsanlage zum Tiefenlager dürften keine Fehler passieren. Deshalb gebe es diese 30.000 Seiten. „Die werden wir auf Herz und Nieren prüfen. Das machen wir aber nicht alleine, sondern mit unseren Partnern, am Ende auch mit der Zivilgesellschaft.“ Die ganze Region sei betroffen. Nicht umsonst sei auch das Land Baden-Württemberg vertreten.

[Zur Startseite](#)

Abbildung:

Bild: Ute Schönlein

Abbildung:

Bei der Regionalkonferenz Nördlich Lägern in der Stadthalle in Bülach, Kanton Zürich, wurden kürzlich rund 130 Mitwirkende, Gäste sowie Medienvertreter über das eingereichte Rahmenbewilligungsgesuch informiert. Am Montag, 9. Dezember, wird die Öffentlichkeit in Waldshut informiert. | Bild: Marina Schölzel

Abbildung:

Christian Kühn, Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). | Bild: Grüne BW

Abbildung:

PRODUKTION – 06.11.2024, Schweiz, Stadel: Seraina Kauer, Hydrogeologin und Fachspezialistin Raumplanung und Umwelt bei der Nagra, geht mit Messwerkzeug zu einer Grundwassermessstelle für eine Messung im Haberstal in Windlach in der Gemeinde Stadel in der Schweiz. Für das geplante geologische Tiefenlager für radioaktiven Atommüll am Standort Nördlich Laegern muss die Nagra, die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle, ein Rahmenbewilligungsgesuch (RBG) bei den Schweizer Bundesbehörden einreichen. Die Nagra wird am 19. November 2024 das Rahmenbewilligungsgesuch einreichen. Foto: Michael Buholzer/KEYSTONE/dpa +++ dpa-Bildfunk +++ | Bild: MICHAEL BUHOLZER

Abbildung:

Das Haberstal in Windlach in der Gemeinde Stadel, fotografiert mit einer Drohne am Freitag, 9. September 2022. | Bild: Michael Buholzer/dpa

Wörter:

1016

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: Kai Horstmann
[https://www.nordkurier.de/autoren/kai-horstmann-1122122]/ Kai Horstmann

Visits (VpD): 0,512 (in Mio.)¹

Mediengattung: Online News

Unique Users (UUpD): 0,355 (in Mio.)²

Weblink: https://www.nordkurier.de/regional/prignitz/frueherer-lenzener-buergermeister-fuerchtet-atomare-belastung-in-der-prignitz-3117790

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Atomgefahr

Ex-Bürgermeister fürchtet atomare Bedrohung in der Prignitz

Ein atomares Endlager soll es in Gorleben nicht geben. Doch an dem Standort unweit der Elbe und von der Stadt Lenzen steht noch ein Zwischenlager. Der Ex-Bürgermeister ist besorgt.

Neben den Themen Grundsteuerreform, Haushalt und Nutzungskonzeption städtischer Dorfgemeinschaftshäuser wurde auf der jüngsten Stadtverordnetenversammlung in [Lenzen](#) auch das Thema Gorleben angesprochen. Trotz des Aus als Standort für ein Atommüllendlager im Jahr 2020 besteht hier weiterhin noch ein atomares Zwischenlager.

Angst vor Raketenangriff auf Atommülllager Gorleben

Bei dem Thema meldete sich zugleich Christian Steinkopf zu Wort, der von 2003 bis 2018 Bürgermeister von Lenzen war. Doch ganz zur Ruhe gesetzt hat sich das ehemalige Stadtoberhaupt noch nicht. Er arbeitet in einer Gruppe von Privatpersonen mit, die sich mit einem möglichen Endlagerstandort in der Prignitz beschäftigt, den die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH deutschlandweit sucht.

Zunächst erhob der amtierende Bürgermeister Walter Jahnke seinen Einwand zu dem Redebeitrag, denn die Bürgerfragestunde war längst abgeschlossen. Schließlich konnte Steinkopf dann doch seine Bedenken vorbringen. „Die BGE schätzte den Zeitbedarf auf 2046 bis 2068, jetzt wird davon gesprochen, dass wir erst 2074 ein Endlager haben“, kritisiert Christian Steinkopf. „Es kann nicht sein, dass wir das Problem von unserem Atommüll an die nächsten Generationen weitergeben.“

Hinter seiner Kritik steckt aber weit mehr – die Angst vor einem Raketenangriff. Deshalb zeigt Steinkopf auch kein

Verständnis dafür, dass Atommüll oberirdisch im Zwischenlager Gorleben gelagert wird, während das Erkundungsbergwerk zugeschüttet werden soll.

„Für das Erkundungsbergwerk wurden bereits etwa zwei Milliarden Euro ausgegeben, warum soll man dann das Bergwerk nicht nutzen? Wir sind mit der Technik so weit, dass wir die Fässer und Castorbehälter bei Gefahr auch wieder hochholen können“, so Christian Steinkopf.

Salzstock für Atommüll-Endlager reicht bis in die Prignitz

Bereits in den 1970er-Jahren begann die Suche nach einem Atommüll-Endlager. Am 22. Februar 1977 gab der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU), Vater von EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen, Gorleben als Standort für einen „Nukleares Entsorgungszentrum“ (NEZ) bekannt.

Hier sollte unter anderem ein nationales Endlager im dortigen Salzstock Gorleben-Rambow entstehen. Dieser Salzstock reicht unterhalb der Elbe bis in die Prignitz hinein. Erst im September 2020 schied Gorleben für einen Endlagerstandort aus.

In ihrer jüngsten Pressemitteilung bestätigt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) die hohen Kosten. Diese würden sich für den Aus- und Rückbau des Erkundungsbergwerkes auf die von Steinkopf genannte Summe von zwei Milliarden Euro belaufen.

BI Gorleben will, dass Salzstock verfüllt wird

Für den Pressesprecher kommt aber die Diskussion um eine weitere Nutzung des Erkundungsbergwerkes zu spät. „2020 wurde Gorleben wissenschaftlich begründet aus der Endlagersuche ausgeschlossen“, macht Wolfgang Ehmke deutlich. „Ich bin froh, dass man endlich damit anfängt, den Salzstock zu verfüllen.“

Aber auch der langjährige BI-Pressesprecher sieht die Gefahr, die von nicht sicheren Atommülllagern ausgeht. Deshalb fordert er von den verantwortlichen Planern, Behörden und Unternehmen eine größtmögliche Sicherheit beim Betrieb von Atommülllagern. „Zugleich teile ich die Befürchtung von Christian Steinkopf, dass durch Krieg und Terror eine Gefahr besteht“, sagt Wolfgang Ehmke. „Trotzdem sind wir von der BI dagegen, dass jetzt nach langem Kampf um den Rückbau des Erkundungsbergwerkes gepokert wird.“

Seit Ende November wird täglich tonnenweise Salz in den Salzstock verfüllt. Am Donnerstag machte sich auch Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) am Salzstock ein Bild von den Arbeiten. Für den Rückbau liegen rund 400.000 Kubikmeter Salz nur rund einen Kilometer weiter im Wald zur Verfüllung. Dieses wurde einst aus dem Salzstock geholt und soll nun wieder zur Verfüllung der Schächte unter Tage gebracht werden.

Abbildung: Das Erkundungsbergwerk Gorleben wurde auch als Atomklo betitelt. Seit 2020 ist klar, dass hier aber kein Atommüll gelagert wird. Lenzen Ex-Bürgermeister Christian Steinkopf macht sich trotzdem große Sorgen.

Fotograf-in: (Foto: Kai Horstmann)

Abbildung: Christian Steinkopf befürchtet, dass im Kriegsfall vom Gorlebener Zwischenlager eine Gefahr ausgeht.

Fotograf-in: (Foto: Kai Horstmann)

Wörter: 585

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: Rape, Stephan [sjt/185754]**Seite:** 19**Ressort:** Ahaus¹ IVW 3/2024² AGMA ma 2024 Tageszeitungen**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 10.885 (gedruckt) ¹ 14.786 (verkauft) ¹
17.919 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,054 (in Mio.) ²

Sperrung: Am 9. Dezember beginnen Arbeiten für Castor-Transporte

Die möglichen Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus sorgen jetzt schon für Verkehrsbehinderungen. Am Montag beginnen Arbeiten an der Heeker Straße. Überraschend.

Plötzlich geht es ganz schnell: Schon am Montag, 9. Dezember, beginnen Straßenbauarbeiten für mögliche Castor-transporte nach Ahaus. Das hat die Stadt am Freitag (6. Dezember) mitgeteilt. Notgedrungen. Zwischen Ahaus und Heek wird das für zusätzliche Verkehrsbehinderungen sorgen. Die Stadt Ahaus sah sich am Freitag zu einer eigenen Erklärung genötigt. Denn andere beteiligte Stellen hatten bis Freitagmittag keinerlei Informationen über die unmittelbar anstehenden Arbeiten und Straßensperrungen veröffentlicht. Und sich offenbar gegenseitig die Karte zugeschoben.

Manuel Benning, Erster Beigeordneter der Stadt Ahaus, und der Technische Beigeordnete Thomas Hammwöhner betonen im Gespräch mit unserer Redaktion, dass die Stadt Ahaus als Straßenverkehrsbehörde nur Beteiligte in dem Verfahren ist. Sie erteilte weder die Genehmigung, noch bekam sie frühzeitige Informationen über den Baubeginn.

„Davon wissen wir seit Mittwoch“, sagt Thomas Hammwöhner am Freitagmittag. Bis zuletzt sei er davon ausgegangen, dass der Straßenbaulastträger (Straßen.NRW), das Logistikunternehmen, das die Transporte durchführt oder der Auftraggeber (Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen JEN) über die Arbeiten informieren würde. Das ist nicht geschehen. Deswegen hat die Stadt Ahaus kurz vor dem Wochenende informiert.

Verkehrsinselformen werden abgesenkt

Ab Montag (9. Dezember) werden in zwei Abschnitten die Verkehrsinselformen am Kreisverkehr Schumacherring/Heeker Straße/Nordring umgebaut und abgesenkt. Der Kreisverkehr liegt auf einer der möglichen Routen der 152 Castorbehälter, die aus Jülich nach Ahaus transportiert werden könnten.

Zunächst vom 9. bis 13. Dezember die Verkehrsinsel im Schumacherring. Dazu wird die Einfahrt vom Kreisverkehr in den Schumacherring gesperrt. Die Einfahrten vom Schumacherring ins Gewerbegebiet Ahaus-Nord (Dieselstraße und Fleehook) sind in dieser Zeit nur aus Richtung Schorlemerstraße erreichbar. Am Wochenende über den dritten Advent (13. bis 16. Dezember) wird dann die Heeker Straße vom Kreisverkehr stadtauswärts gesperrt. Diese Arbeiten sollen sich zwischen Freitag, 13. Dezember, 16 Uhr und Montag, 16. Dezember, 5 Uhr abspielen. In dieser Zeit soll dann die Verkehrsinsel Heeker Straße umgebaut werden. Diese Arbeiten sollen dann auch über Nacht geschehen, um beispielsweise den Schulbusverkehr oder auch die Anbindung an die Autobahn so wenig zu beeinflussen, wie möglich.

Wie die Stadt weiter mitteilt, werden

entsprechend weiträumige Umleitungen für den Kraftfahrzeugverkehr aus beiden Richtungen eingerichtet. Fußgänger und Radfahrer sollen ungehindert an der Baustelle entlang fahren können. Auch der Regionalverkehr Münsterland (RVM) werde die von der Sperrung betroffenen Linienbusse umleiten. Das betrifft in erster Linie die Sperrung über das Wochenende (13 bis 16. Dezember) sowie die Buslinien S70.

Bisher keine Transportgenehmigung
Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erklärte auf Nachfrage, dass eine Transportgenehmigung für die Castorbehälter aus Jülich noch nicht vorliegt. Die könne erst erteilt werden, wenn die Behördenbeteiligung abgeschlossen ist. Wie lange das dauert, blieb am Freitag offen. Erst am Dienstag (2. Dezember) hatte das Oberverwaltungsgericht Münster die Klage der Stadt Ahaus und des Ahauser Theo Schwarte gegen die Einlagerung der Transporte abgewiesen. Der enge zeitliche Zusammenhang sei allerdings Zufall, hieß es von der Stadt Ahaus. Die Vorarbeiten für mögliche Bauarbeiten sind auch bei der Stadt Ahaus schon länger bekannt. Ebenfalls ist klar, dass auch die Verkehrsinselformen am Kreisverkehr bei den Tobit.Labs umgebaut werden sollen. Das ist die andere Route in Richtung Brennelementezwischenlager. Diese Arbeiten sind allerdings frühestens für Januar geplant.

Abbildung:

Für die möglichen Castor-Transporte aus Jülich nach Ahaus müssen die Kreisverkehre an der Heeker und der Legdener Straße umgebaut werden. In Richtung Heek beginnen die Arbeiten schon am 9. Dezember. Dafür sind auch mehrere Sperrungen notwendig. FOTO Stephan Rape

Wörter:

567

Urheberinformation:

Münsterland Zeitung